



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stimmungen in Hessen-Darmstadt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wenn wir nun noch einmal die beiderseitigen Verhältnisse betrachten, ehe wir in einem nächsten Aufsatz den Feldzug des Königs näher kennen lernen, so sehen wir, daß die preußischen Truppen zwar bedeutende Verluste erlitten hatten — Prinz Friedrich Karl 2,000 und der Kronprinz 5,000 Mann —, daß aber die Truppen durch anhaltende Erfolge siegesicher, moralisch im höchsten Grade gehoben waren; daß dagegen die Oesterreicher von ihren acht Corps bereits sechs (das erste und die Sachsen gegen Prinz Friedrich Karl, das vierte, sechste, achte und zehnte gegen den Kronprinzen) durch sehr bedeutende Verluste, die, nicht zu hoch angeschlagen, sich auf 30,000 Mann berechnen, und dazu infolge des steten Zurückgehens auf ein sehr geringes Maß moralischer Kraft und bedeutend an Zahl reducirt hatten.

Der Ausgang des Feldzuges war jetzt zweifellos, deshalb konnte niemand erwarten, daß die Oesterreicher in dieser Lage sofort durch eine allgemeine Schlacht die volle Entscheidung suchen würden, wie sie dennoch am anderen Tage thaten. —

Stimmungen in Hessen-Darmstadt.

Anfang November.

Kein Staat, der gegen Preußen unter Waffen gestanden — so hört man oft genug behaupten — hat ungünstigere Friedensbedingungen erfahren müssen als das Großherzogthum Hessen. Es behielt weder seine Integrität, wie Sachsen, noch seine Freiheit vom norddeutschen Bund, wie die übrigen süddeutschen Staaten. Es hat die Herrschaft Itter, das sogenannte Hinterland und noch einige andere Gebietsheile gegen sehr ungenügenden Ersatz an Preußen abgetreten und trat mit seinen gesammten rechtsmainischen Landen, der Provinz Oberhessen, friedensschlußmäßig jenem Bunde bei. Kriegsentschädigung mußte es zudem zahlen, wie alle andern. Dabei ist Mainz preussische Festung geworden, Post- und Telegraphenwesen im ganzen Land an Preußen übergegangen und bezüglich ihrer sollen die nichtbündischen Provinzen Starkenburg und Rheinhessen in dasselbe Verhältniß treten, welches für Oberhessen auf Grund der im norddeutschen Bunde geltenden Einrichtungen stattfinden wird.

Man sieht sogleich, welche Fülle neuer staatsrechtlicher Gestaltungen hier

geschaffen ist. Der Gelehrte, der sich daran wagen sollte, ein öffentliches Recht des gegenwärtigen Deutschlands zu schreiben (und Klüber und Genossen mit ihren Systemen des deutschen Bundesrechts sind doch wohl auf immer unbrauchbar geworden), der wird seine großen Schwierigkeiten finden, freilich auch jenen reichen Genuß, welchen dem deutschen Gelehrten solche Schwierigkeiten bieten, indem sie seinen Scharfsinn herausfordern, unmögliche Thatsachen in einem System unterzubringen. Nur zu stark möge man die Auflage dieses neuen öffentlichen Rechts Deutschlands nicht machen; denn wir fürchten, oder richtiger wir wünschen, daß es noch kürzer währen wird als das vor sechzig Jahren geschaffene Recht des rheinischen Bundes. In der That hat niemand das Gefühl, als handele es sich hier um fertige Zustände. Man konnte das Ziel nicht in einem Anlauf erreichen, nun bleibt man stehen, athmet auf, ruht und wird zum geeigneten Zeitpunkt den Weg fortsetzen. Sind aber alle unsere deutschen Zustände eben ein Uebergang, so sind speciell die hessischen — um mich des mystisch-lustigen Ordensausdrucks aus Goethes weglarer Zeit zu bedienen — des „Ueberganges Uebergang“, und darin, daß sie dies sind, finden wir ihren specifischen Vorzug.

Es ist noch in frischem Gedächtniß, wie Preußen dem Großherzogthum Hessen gegenüber anfänglich auf der allerstrictesten Mainlinie, also auf der Abtretung ganz Oberhessens bestand, wogegen Entschädigung durch bayerisches Gebiet am Main in Aussicht gestellt war. Dieser Plan gefiel nirgends. Unsere moderne Auffassung ist solchen Ländertauschen mit Grund entschieden abhold. Die Bayern mochten nicht hessisch werden und die Odenwaldsberge hätten die in Aussicht stehenden Neuerwerbungen von dem übrigen Lande mehr getrennt, als sie damit verbunden. Der Großherzog erklärte denn auch bestimmt, seinen Neffen nicht berauben zu wollen, und lehnte jede Entschädigung ab. Er soll bereit gewesen sein, lieber Rheinhessen — die neue Provinz — aufzugeben, als Oberhessen mit seinen uralten Stammlanden und seinen reichen Domänen. Zu diesen mehr menschlichen Erwägungen kam erst später der staatsmännische Gedanke, daß es in Deutschlands eigenstem Interesse erwünscht, ja nothwendig sei, daß Oberhessen (wenn auch in gemindertem Gebietsbestand) beim Großherzogthum bleibe.

Schon längst vor Verwirklichung der Mainlinie würdigte man die Wichtigkeit der geographischen Lage Hessens. Vom Neckar, wo die Sprache bereits schwäbisch anklängt, zog es, allerdings in vielfach wunderlicher Gestaltung, manchmal nur als schmale Landzunge, hier und da völlig unterbrochen, bis fast dahin, wo die alten Chatten und die alten Sachsen aneinander grenzten. Es ist nie ein rein süddeutscher Staat gewesen, wenn auch die Lage der Residenz, das Vorwiegen der linksmainischen Bevölkerung, sowie Interesse und geschichtliche Tradition der Regierung mehr nach dieser Seite drängten. Für den Zoll-

verein z. B., dessen erste Anfänge es schaffen half, war es fast der wichtigste Bestandtheil. Dieses Hessen besteht zwar nicht mehr. Von der Provinz Oberhessen, welche früher die Gestalt einer zeigenden Hand hatte, ist durch den Friedensvertrag der gegen Norden weisende Finger abgeschnitten worden und nur die Faust übrig geblieben. Dennoch ist jene frühere Bedeutung Hessens für Gesamtdeutschland nicht gemindert, sondern erhöht. Gerade weil der Gegensatz zwischen Süd und Nord geschärft ist, haben die Momente der Vereinigung an Wichtigkeit und Werth gewonnen. Hessen ist die Klammer geworden, welche die beiden Theile zusammenhält, oder vielleicht besser: die Brücke, die von einem zum andern hinüberführt. Das Dogma der Mainlinie ist damit durchlöchert und so von vornherein constatirt, daß ihm weder innere Berechtigung noch Dauer zukommt. Ja die Mainlinie ist auf Grund des Friedensvertrags schon lädirt. Mainz, in der laut des Friedensvertrags gleichfalls „südlich des Mains gelegenen“ Provinz Rheinhessen, hat preußische Besatzung, und auch hier wird wie in den übrigen Landestheilen preußischer Postwagen und preußischer Telegraphendraht die südwärts gerichteten Gedanken der Leute durchkreuzen.

Eine Reihe anderer gemeinsamer Einrichtungen nach preußischem Muster und unter preußischem Einfluß wird folgen müssen. Das wie? ist freilich zur Zeit so unklar wie möglich. Doch zunächst und am tiefsten eingreifend ist bei der jetzigen Veränderung die Einführung der preußischen Wehrverfassung in Oberhessen. Können hierneben die beiden anderen Provinzen die ihre beibehalten? Dort allgemeine Wehrpflicht, hier Conseription mit Loosziehung und Stellvertretung? — Man hat auch in andrer Beziehung das Gefühl, daß es bei dieser Scheidung des Landes nicht bleiben könne. Allerdings sind Erscheinungen, daß ein Fürst nur bezüglich eines Theils seiner Besitzungen einem Bunde beitrifft, nicht neu: Luxemburg-Limburg, Holstein-Lauenburg, die Beschränkung Oestreichs und Preußens auf den Zutritt nur einzelner Länder und Provinzen zum deutschen Bunde geben scheinbar Präcedenzen. Aber Luxemburg und Holstein-Lauenburg standen mit den Niederlanden und Dänemark nur in Personalunion; Oestreich und Preußen gestatteten den Bundesbeschlüssen auf sich ohnedem nur Einwirkung, soweit sie damit einverstanden waren. Dazu handelte es sich beim deutschen Bund nur um einen Staatenbund, und trotzdem brachte dies Verhältniß für Limburg, das zugleich integrierender Bestandtheil der Niederlande war, Unfrieden genug. Wie soll es werden gegenüber der strafferen und eingreifenderen Gestaltung des Bundesstaats? Die Ständekammern in Darmstadt, deren Competenz sich über das ganze Land erstreckt, werden bezüglich Oberhessens in all den Punkten beschränkt werden, worüber demnächst der norddeutsche Reichstag zu verfügen hat. Sollen dann noch die oberhessischen Abgeordneten mit über die diesen entsprechenden Angelegenheiten der linksmainischen Provinzen zu beschließen haben? Man sieht, es ist hier —

wenigstens für manche Punkte — der Gedanke einer *itio in partes* nahe gerückt; und obgleich des für alle drei Provinzen Gemeinsamen noch genug übrig bliebe, ist doch jener Gedanke seinen Weg weiter gewandelt und hat — wenn auch keine förmliche Personalunion Oberhessens mit dem übrigen Lande — doch eine so selbständige Constituirung jener Provinz in Aussicht genommen, daß der dadurch geschaffene Zustand nicht allzu weit entfernt sein würde.

Grade dies wäre aber nicht erwünscht. Freilich hätte sich — rein äußerlich genommen — gar sauber und nett gemacht, wenn durch die Annexion ganz Oberhessens bei Frankfurt die correcte Mainlinie hergestellt worden wäre; und in Ermangelung dessen, wenn Oberhessen wenigstens zum übrigen Lande in einen Zustand gewisser staatlicher Selbständigkeit käme. Allein das Nette und Saubere ist nicht immer das politisch Wünschenswerthe. Uebergangszustände, die blos als solche Berechtigung haben, sollen sich nicht klar hinstellen und consolidiren; sie sollen vielmehr in ihrer Unklarheit und, wie sich vielleicht bald zeigen wird, Unerträglichkeit einen steten Stachel besitzen, der zum Besseren vorwärts treibt und die Schwierigkeiten überwinden hilft, an denen der erste Anlauf innehielt.

Frägt man nun nach den Ansichten und Stimmungen, welche in der Bevölkerung leben und auf Erreichung der letzten Ziele fördernd oder hemmend einwirken mögen, so besteht nur allzu sehr die Neigung, durch die Brille der eigenen Wünsche zu sehen. Ich will versuchen, mich davon frei zu halten. — Vor und bei Ausbruch des Krieges war die Stimmung fast durchweg „bundes-treu“, ja vielfach österreichisch. Sogar entschiedene und hochachtbare Anhänger Preußens sahen in dessen gewaltthätigem und rechtswidrigem Vorgehen, in seinem Bündniß mit Italien und in der vermutheten Verbindung mit Frankreich auf Kosten deutschen Gebiets den Abfall vom „deutschen Beruf“; man mochte nicht wünschen, daß Preußen siege, — und doch, der Gedanke, daß Preußen zertrümmert werde, war noch viel schrecklicher. Der Tag von Königgrätz löste den Bann, der auf diesen Herzen lastete. Hatte die klägliche Cession Venetiens gezeigt, wie Oesterreich, sich selbst getreu, nicht anstand, die deutschen Angelegenheiten dem Fremden preiszugeben, so that die baare Unfähigkeit der süddeutschen Kriegsführung das Uebrige, den Umschwung der öffentlichen Meinung zu zeitigen. Er vollzog sich übrigens nicht blos in Hessen, sondern so ziemlich allerwärts; und wer nicht freudig, der mußte doch widerwillig bekennen, daß bei Königgrätz einem unwürdigen Zustande des Vaterlandes über das Grab geschossen worden sei. Freilich war damit eine positiv preußenfreundliche Gesinnung noch keineswegs hervorgerufen. Daß die Masse des Volkes, in welchem stets nur die einfach menschlichen Empfindungen herrschen, negativ blieb, war erklärlich. Brüder und Söhne standen gegen Preußen im Feld, mit ihnen fühlte man die Niederlagen, die sie erlitten, und theilte mit ihnen den

Gross, den der Unterlegene um so mehr hegt, wenn sein Unterliegen nicht Folge von Mißgeschick, sondern von Ungeschick ist. Indeß, solche Stimmungen sind vorübergehend; an ihre Stelle treten diejenigen, welche ihre Grundlage in dauernden Voraussetzungen haben.

Da ist zunächst Oberhessen. Man hat — so lange die Frage noch schwebte — viel gestritten, ob es für oder gegen Annexion sei, und vielleicht haben beide Ansichten Recht gehabt. Die Sache ist: Oberhessen hat eine centrifugale Gestaltung. Sein Kern ist der Vogelsberg; insofern mit Recht als Berg (und nicht Gebirge) bezeichnet, als er in einem centralen Höhepunkt besteht, von wo die sich allmählig senkenden Höhenzüge und die Thäler strahlenförmig nach allen Weltgegenden auslaufen. Diese Thäler werden dann mehr oder minder maßgebend. Die Südwestseite z. B. mit ihrem Gebiet der Nidder, und die Westseite, beide mit der breit sich vorlagernden reichen Wetterau, haben ihren entschiedenen Zug nach Frankfurt hin, welches commercieell jene ganze Gegend beherrscht. Ost- und Nordostseite sehen ihre Wasser, wie die Schwalm, nach der Fulda zufließen, ja theilweise durchzieht das Fuldathal dort die Provinz: da weisen Verkehrswege und Interessen ebenso entschieden nach Norden. Es wird nicht bestritten werden können, daß in den letztgenannten Gegenden eine sehr lebhafteste Hinneigung zu Preußen bestand und besteht; in der Wetterau weniger. In Gießen selbst, der Hauptstadt der Provinz, kreuzten sich die Interessen und die Stimmungen höchst mannigfach; eine nicht zu verachtende Partei wirkte sehr entschieden für Annexion. Bedeutsam ist, daß Oberhessen mit Ausnahme eines ganz geringen Procentsatzes protestantisch ist. Die Anhänglichkeit an die Dynastie sitzt nicht überall tief; ein sehr großer Theil des Gebiets ist erst 1803 und 1806 erworben, und die reichlich vorhandenen Standesherrn sind redende Zeugnisse, daß hier schon einmal legitime Herren ihrer Landeshoheit höchst illegal verlustig gingen. Es lautet in der That naiv genug, wenn das officiöse Organ der darmstädter Regierung von den Thronverlusten dieses Sommers wie von etwas Unerhörtem spricht, da doch auf einen so beträchtlichen Theil des Landes der Großherzog ursprünglich keinen besseren Rechtstitel aufzuweisen hatte, als Preußen auf Kurhessen und Nassau; ja der Landgraf von Hessen-Darmstadt hatte mit den Fürsten und Grafen zu Solms, Stolberg, Pfenzburg &c. und mit der freien Reichsstadt Friedberg sich nie in Krieg befunden, als er ihre Gebiete annectirte. Diese nämlichen Standesherrn sind übrigens vielleicht zum Theil ein sehr erheblicher Factor für die weitere politische Gestaltung des Landes: die Solms, Stolberg und Graf Görz haben alle mehr oder minder ausgesprochene Sympathien für Preußen. Theilweise sind sie zugleich in Preußen begütert, Mitglieder des dortigen Herrenhauses; Fürst Rich ist noch vom vereinigten Landtag vom 1847 her bekannt. Diese Hinneigung zu Preußen bildet den Gegensatz zu den linksmainischen Standesherrn, von denen insbesondere

die Erbach, obgleich protestantisch, in extremster Weise österreichisch sind und immer und immer wieder ihre Söhne in den Dienst des Kaiserhauses schicken. Eine indifferentere Stellung nehmen die Pfalzgrafen, deren Besitzungen auch theilweise sowohl links als rechts des Mains liegen. Erst jüngst ist unter ihnen eine entschiedene Ueberneignng nach Oesterreich eingetreten, indem der katholisch gewordene Erbprinz von Birstein, Gemahl einer Toscana, seinem Vater succedirte und so diese Linie des altprotestantischen Hauses Pfalzgrafen zu einer katholischen machte.

Hiermit betreten wir bereits das Gebiet der Provinz Starkenburg, die das Gelände rechts des Rheins und links des Mains umfaßt. Geographische Verhältnisse, welche nach Norden zögen, liegen hier nicht vor. Auch die erst 1803 und 1806 von Kurmainz, Kurpfalz, verschiedenen Reichsgrafen, wie den Erbach u. s. w. erworbenen Gebiete hängen unter der unmittelbaren Einwirkung der in dieser Provinz gelegenen Residenz dem „angestammten“ Herrscherhaus an, wie die althessischen Gebiete; sie haben durch die Aenderung nur gewonnen. Durch die Massen zieht jener Particularismus, der nicht sowohl einen positiven Gehalt hat, als vielmehr in der Ablehnung jeder Aenderung besteht, welche Opfer erfordert. Die Einsicht der Nothwendigkeit des Anschlusses an Preußen ist fast nur Eigenthum bestimmter Kreise des städtischen Bürgerthums, insbesondere des Handelsstandes. Nirgends ist dies so ausgeprägt, wie in Offenbach. Diese Stadt verdankt ihre Bedeutung der freireichsstädtischen Engherzogkeit Frankfurts. Ein freidenkender und wohlwollender Graf Pfalzgrafen nahm die Reformirten in seinem Gebiete auf, die in Frankfurt zurückgewiesen worden waren, und dies wurde die Grundlage der heutigen Bedeutung Offenbachs. Während in Frankfurt noch vor wenigen Jahren das Kunstwesen in vollster Blüthe stand, so daß kein Kloben in die Zimmerwand eingeschlagen werden konnte, ohne drei verschiedene Gewerke in Bewegung zu setzen, während die Erwerbung des Bürgerrechts den schwierigsten Voraussetzungen unterlag, schritt Offenbach, wenn nicht unter dem rechtlichen Bestand, so doch unter einer weitgehenden Praxis der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit rasch voran. Die Zunahme der Bevölkerung war hier ebenso überraschend groß*), als dort überraschend klein. Dem Emporkömmling unter den Mainstädten stand keine historische Ueberlieferung hemmend im Wege, und es ist wohl begreiflich, daß — sehr im Gegensatz zur altehrwürdigen Nachbarstadt — Offenbach einen entschieden wahlverwandtschaftlichen Zug zu Preußen fühlt, dem es denn auch stets unverhohlen Ausdruck verliehen hat.

Am eigenthümlichsten liegen die Verhältnisse in Rheinheffen. Die französische Revolution und die französische Herrschaft haben dort im Großen und

*) 1816—1834 Wachsthum fast 52, 1834—1861 77 Procent; 1858: 14,863, 1861: 16,635 und 1864: 19,320 Einwohner!

Ganzen die geschichtlichen Traditionen hinweggesetzt. Abgesehen von der großen Vergangenheit der Städte Mainz und etwa Worms, wußten diese in der That nur Unerquickliches zu berichten. Etwa zwei Drittel gehörte, jedoch ohne Abrundung, zu Kurpfalz und Kurmainz, das Andere mehreren Duzend Herren, Fürsten, Grafen, Reichsrittern, vieles zweiherrig, alles aufs bunteste durcheinander gewürfelt; große geschichtliche Erinnerung fehlt. Auch die an die napoleonische Herrschaft, wenigstens die mit Anhänglichkeit und Wunsch der Rückkehr verbundene, ist ein lange überwundener Standpunkt. Aber ebenso klar ist, daß sich aus all dem der Humus für das Gedeihen einer besondern hessischen Loyalität nicht hat entwickeln können. Der Staat ist zu klein, um ein selbständiges kräftiges Staatsbewußtsein in seinen Gliedern zu erzeugen, und so findet sich leicht Empfänglichkeit für bedeutende von außen kommende Anregungen. Eine solche kommt aber von dem westlich angrenzenden Preußen. Kreuznach ist die nächste bedeutendere Stadt; noch mächtiger wirkt die Verbindung auf dem Rhein und auf der an ihm hinglehenden Eisenbahn; insbesondere steht die Grenzstadt Bingen unter dem unmittelbaren Einfluß dieser Umstände. Die Landbevölkerung dieser reichen Provinz ist aufgeweckten Sinnes, fast städtisch, von naher geistiger Verwandtschaft mit den übrigen Rheinländern. Mit Rheinpreußen sind ohnedem sehr viele Institutionen (einzelne Theile des Rechts und des Verfahrens) gemein.

Eine Sonderstellung nimmt dagegen Mainz ein. Es hatte zu viel Bewußtsein seiner Geschichte und Bedeutung, um so ohne Weiteres in den Rang einer hessischen Provinzialstadt zurückzutreten. Der richtige Mainzer sah mit einer gewissen Verachtung auf die so viel kleinere Landeshauptstadt mit einer so kleinen Vergangenheit. Sogar wenn er von der Römerzeit nichts gewußt hätte, so predigten ihm doch die üppigen Barockbauten der Kurfürsten von einer noch nicht lange geschwundenen Zeit, wo Mainz selbst Residenz und Hauptstadt war und sein Fürst der erste des hl. römischen Reichs, — etwas ganz Andres als der damalige kleine Landgraf von Hessen-Darmstadt dort drüben in seinem sandigen Ländchen. So hatte der Mainzer wenig Hessisches, wenn auch die Schiffbrücke nach Castel ihm die Landesfarben täglich in bauschigem Flor zeigte. Er war zunächst Mainzer, ebenso tüchtig in der Arbeit als flott beim Plaisir, und die Politik hat ihm von jeher weniger Kopfbrechen gemacht als die Frage, wie der nächste Carneval zu feiern sei. Freilich, als die größere Frage: Preußen oder Oestreich? an ihn herantrat, hatte er — wenn man die Frage persönlich und nicht sachlich nahm — Vorstudien gemacht, wie kein Anderer. Seit 1815 lag preussische und östreichische Garnison in Mainz, und es ist kein Geheimniß, daß die Bevölkerung mit letzterer auf besserem Fuß stand, ja daß zu ersterer zu Zeiten ein sehr entschiedenes Mißverhältniß erwachsen war. Die Gründe im Einzelnen führen zu weit; es genüge, daß Hr. v. Schmerling

als Reichsminister 1848 diese Gründe als einen Vorzug der preussischen Soldaten deutete und den Wunsch aussprach, die österreichischen möchten auch noch einmal so weit kommen. *) Aber die verständige Ueberlegung bannet nicht Jahre lang eingefogene und angesammelte Stimmungen, und es ist begreiflich, daß man ungern die gemüthlichen Weißjacken vermißt, die um so weniger je etwas übel nahmen, als sie — meist „deutsches Bruder“ aus den italienischen oder slavischen Provinzen — das etwa krumm zu Nehmende gar nicht verstanden. Preußen, dessen stramme Art den leichtlebigen Mainzern obnedem nicht allzu sympathisch ist, wird sich in Einigem vielleicht noch ungünstiger stellen als seither. Früher ging alles Gehässige, was aus den Festungsverhältnissen floß, auf Rechnung des Bundes, jetzt wird es Preußen verantworten müssen; und andererseits hat doch auch Preußen, weil nicht zugleich Territorialmacht, keine Veranlassung, mit eigenen Kosten Dinge ins Leben zu rufen, welche den Mainzern sehr erwünscht wären, wie etwa Erweiterung des Stadtareals durch Schleifung und Verlegung einzelner Festungswerke u. a. m. Indessen — Mainz ist zunächst Handelsplatz und man wird nicht so schnell vergessen, wer den Rhein von den Zöllen befreite; rheinabwärts, insbesondere nach Köln, weisen die wichtigsten Verbindungen, und dem frischen Zug, der durch ein großes Staatsganze geht, verschließt sich nicht leicht der mainzer Handelsgeist, welcher seit einer Reihe von Jahren so großen Aufschwung genommen hat.

Alle die hier kurz skizzirten Verhältnisse werden gekreuzt und mannigfach variirt durch die confessionellen Zustände. Es ist bekannt, mit welcher glühenden Sympathien die katholische Partei der Sache Oesterreichs zugethan war. In diesen Kreisen vergißt man nicht so schnell, und das Mainzer Journal mit Beiblättern ist Zeugniß für den innerlich fressenden Groll. Auf diese Leute wird man nie rechnen dürfen, so behende auch der Bischof von Limburg war, die neue Ordnung der Dinge in einem Hirtenbrief anzuerkennen. Die neuprononcirte Haltung des Ultramontanismus hatte aber eine weitere Wirkung; sie warf naturgemäß die Protestanten auf die Seite der preussischen Sympathien, wenigstens da, wo nach der Gestaltung der Dinge dieselben am meisten Grund hatten, Fortschritte des Ultramontanismus zu fürchten. In Oberhessen, wo die Katholiken nur ein verschwindender Bruchtheil, fehlte der Factor völlig; in Starkenburg, wo die Protestanten bei weitem überwiegen, kam er nicht zum rechten Bewußtsein; um so stärker aber wirkte er in Rheinhessen, wo — ebenso wie in Baden — die so viel schwächeren Protestanten einer wohlorganisirten katholischen Partei gegenüberstanden und — mit oder ohne Grund — ganz einfach der Trieb der Selbsterhaltung die politische Ansicht bestimmte. Man erzählt Aeußerungen, welche zur Zeit, wo noch für Oesterreich der Sieg erhofft ward,

*) Die interessante Stelle findet sich stenographische Berichte Bd. 1, S. 103.

von katholischer Seite fielen, und diese lassen begreiflich erscheinen, wie zur Zeit jener ersten österreichischen Siegesnachrichten mancher protestantische Familienvater mit den Seinen bange die Nacht durchwachte. Und wenn auch vieles von all dem übertrieben sein mag, so ist es doch schon an sich ein gewichtiges Zeichen der herrschenden Stimmung, des Gefühls der Unsicherheit. Grade darin liegt wohl auch der Grund, daß, wo in Rheinheffen und Baden preußenfreundliche Gesinnung besteht, diese viel energischer ist als in der hessischen Provinz Starkenburg, und daß dort die „Volkspartei“ nicht gedeihen kann. Was dahin neigt, fällt sogleich der kräftigeren Partei des Ultramontanismus anheim, und nur in dem der Hauptsache nach protestantischen Württemberg können, unterstützt durch besondere Stammeseigenthümlichkeiten, die Gesinnungsgenossen der „Neuen deutschen Zeitung“ sich als geschlossene politische Partei constituiren. —

Obige Skizze mag ein übersichtliches Bild der Stimmungen geben, mit welchen der norddeutsche Bund und Preußen zu rechnen haben wird. Es ist nicht überall erfreulich. Eine gewisse Unklarheit und Verdrossenheit befängt überdies die Gemüther. Dennoch läßt sich sagen, daß von den dauernden Parteigruppierungen nur die preußenfreundliche ein positives Programm hat. Hierin liegt ihre Stärke gegenüber den Gegnern, die nur einzig sind in der Verneinung. Neben ehrenwerthen Trümmern der altliberalen Partei, die sich in die neuen Verhältnisse nicht finden können und an den Idealen früherer Jahre hängen, findet sich der vaterlandslose Ultramontanismus, der abstracte oder sentimentale Legitimus und der sich in seinen engen Verhältnissen wohlfühlende Particularismus; die eigentliche „Volkspartei“, deren stuttgarter Organ bereits bebaglich in die Zeiten sieht, wo Frankreich sich mit Oestreich verbindet und die Frage, ob Süddeutschland dem norddeutschen Bund helfen soll, erst noch zu einer offenen macht, ist, Gott sei Dank, verschwindend klein.

Von der Partei der Regierung habe ich noch nicht gesprochen; es ist die Frage, ob — was die äußere Politik betrifft — eine solche besteht, denn in dieser Hinsicht sind die Zielpunkte der Regierung selbst unklar. Herr v. Dalwigk ist geblieben; Herr v. Beust, mit dessen Ministerposten der Kaiserstaat damals schon stark in den Wehen lag, hat ihm vor einigen Wochen einen Besuch gemacht, dessen bloß private Natur stark angezweifelt ward. Die Darmstädter Zeitung, dies officiöse Organ, bringt immer noch mit besonderer Vorliebe legitimistische Artikel und Beispiele specifisch österreichischer Edelherzigkeit; im Uebrigen schickt sie sich in die Zeit, wohl wissend, daß es eine böse Zeit ist. Um so gehässiger hegen die hessischen Volksblätter, denen Unterstützung Seitens der Regierung, jedenfalls Seitens der Regierungspartei, nachgesagt wird; man greift sich beim Lesen manchmal unwillkürlich an die Stirne, ob man denn wirklich schon dadurch, daß man das Unglück hat, Preuße zu sein, unbedingt ehrlos wird. Daß der Großherzog persönlich die eingetretene Aenderung nur

schwer erträgt, ist begreiflich. Neben anderem besonders schmerzlich war ihm der Verlust von Homburg, — doppelt schmerzlich, da dieser Erwerb so lange auf sich hatte warten lassen, noch so neu war und für manche seiner organisatorischen Liebhabereien ein so gutes Feld bot. Indessen muß anerkannt werden, daß er bei öffentlichen Kundgebungen sich in würdiger Weise auf den Boden der neuen Thatsachen stellt. „Wir haben nicht bloß (so heißt es in der Proclamation vom 17. September, womit er wieder das Land betrat) die Wunden zu heilen, welche der Krieg unserem Hessen geschlagen hat, wir haben auch mit der Neugestaltung unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes in einer die gerechten nationalen Ansprüche befriedigenden Weise zu beginnen. Der alte Rechtsboden, auf dem wir hätten fortbauen können, ist zusammengebrochen. Wir müssen nun die Vervollkommenung des durch die Macht der Thatsachen geschaffenen neuen Rechtszustandes zum Gegenstande unserer Sorge machen. Mein eifriger Wunsch war, den Bund, welcher dormalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen. Rücksichten, deren Beseitigung nicht in meiner Macht liegt, standen bis jetzt der Erfüllung meines Wunsches entgegen.“ Gewiß ist, daß der Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund in Berlin angeboten, dort aber abgelehnt worden ist. Als bester Beweis des in Darmstadt herrschenden guten Willens für die Pflege der nun einmal gegebenen Beziehungen zu Preußen kann die Wahl des seitherigen Geheimen Legationsraths Hofmann zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am berliner Hof scheinen. Von liberaler Gesinnung und der inneren Mißregierung völlig fremd, hat er auch in der deutschen Frage nie auf dem bei den mittelstaatlichen Regierungen landläufigen Standpunkt des österreichisch-klerikalen Particularismus und der Preußenfeindschaft gestanden. Noch in den Dreißigen (er ist nur durch seine Eüchtigkeit so rasch heraufgekommen), klaren und unbefangenen Blicks, wird er — so glaubt man — nicht mit zögernder Hand und halbem Herzen die Maßregeln einleiten, welche von den gegebenen Verhältnissen uns zu einer gedeihlichen Fortentwicklung unsrer nationalen Neugestaltung führen sollen. Freilich hat auch hier eine sanfte Pression helfen müssen. Man hat Hofmann in Berlin bei den Friedensverhandlungen, die er mit Herrn v. Dalwigk führte und abschloß, schätzen gelernt und als genehme Persönlichkeit bezeichnet; und seine Ernennung zum Gesandten erfolgte erst, nachdem zwei andere von Herrn v. Dalwigk vorgeschlagene Candidaten, Herr v. Wambolt und Herr v. Biegeleben, beide von ausgeprägtester ultramontaner und österreichischer Gesinnung, als unannehmbar waren bezeichnet worden.

Der andere gesetzliche Factor für jene Fortentwicklung sind die Stände. Die erste Kammer wird den Regierungsvorlagen, die sich darauf beziehen, keine Schwierigkeit bereiten, aber auch ihrer ganzen Natur nach keine Initiative er-

greifen, es müßte denn sein (was nicht unwahrscheinlich), daß die oberhessischen Standesherrn als treibende Kraft auftreten. Die zweite Kammer des nächsten Landtags ist zur Zeit eine vollständig unbestimmbare Größe. Es wird neu gewählt, und die besten Kenner unserer Verhältnisse wagen nicht zu prophezeien, wie die Wahlen ausfallen werden. Die Fortschrittspartei unter hauptsächlichlicher Führung von Mez besteht noch fort; sie ist die einzige bestimmter gegliederte Partei im Land. Aber sie hat, das können sich auch ihre Freunde nicht verhehlen, bedeutende Einbuße erlitten, und zwar grade mit Rücksicht auf die nationale Politik. Die Hochfluth des Antipreußenthums vor und bei Beginn des Kriegs hat gar manche Genossen hinweggespült, welche in Fragen der inneren Politik noch lange mit ihr gegangen wären. Dabei läßt sich nicht läugnen, daß diese Partei in eine gewisse Verknöcherung gerathen ist. Ihre Vertreter in der Kammer laufen Gefahr zu einer Oligarchie von Parteigenossen zu werden, die sich gegen frische Kräfte abschließt; es droht dann das Reich der Phrase in seiner vollsten Blüthe. Möge man diese Gefahr rechtzeitig erkennen. Es thut nicht allein, daß man äußerlich die Mehrheit hat; die Mehrheit muß auch ihre innere Berechtigung nachweisen, sie bedarf des Zusammengehens mit den Kräften im Volk als ihrer Lebensluft. Hiervon hängt ihre moralische Wirkung ab, sonst könnte sich als praktische Lehre leicht ergeben, daß die seitherige Mehrheit bei der Wiederwahl zur Minderheit wird. Im Uebrigen muß man zugeben, daß die Fortschrittspartei und die ihr nahe stehenden milderen Fractionen grade die positiven Kräfte sind, auf welche für Anschluß an Norddeutschland und die preußische Führung zu zählen ist. Darum benennt die gegnerische Presse diese Partei die „preußische“ und sich selbst mit Ostentation die „hessische“, neuerdings wohl auch, weil diese Sorte Patriotismus doch nicht mehr recht fleckt, die „deutsche“. Diese Partei erklärt, mit der ehrenwerthen, d. h. mit der roth-weißen Demokratie, Hand in Hand gehen zu wollen; innere Kämpfe müßten verstummen gegenüber der brennenden Frage der Abwehr des Preußenthums. Vermuthlich entwickelt sich aus all dem eine ministeriell-klerikale Coalition, die von oben her ihre Candidaten aufstellt und mit den ihr zustehenden Machtmitteln diese bei den von ihr abhängigen Leuten und bei der politisch trägen Masse durchzusetzen sucht.

Das Meiste wird auf die Regierung ankommen, ob der eingeschlagene Weg glatt oder holperig weiter gegangen werden wird; anders als so liegt die Alternative nicht. So lange die Träger des alten Systems noch am Ruder sind, wird erlaubt sein, an der rechten bona fides zu zweifeln. „Kann auch ein Mohr seine Haut wandeln oder ein Pardel seine Flecken?“ In der Bevölkerung ist keine Richtung so ausgeprägt, daß sie stark genug wäre, die Regierung in ihren Entschlüssen zu hemmen oder gegen ihren Willen vorwärts zu treiben. Darum ist unsere Hoffnung zunächst nicht groß. Man hat zwar,

als die alten Zustände im letzten Sommer zusammenbrachen, allerwärts viel zu schelten gewußt über mangelhafte Einrichtungen, unfähige Führung u. a. m. Aber die süddeutsche Gemüthlichkeit liebt es nun einmal nicht, aus den aufgestellten schönklingenden Grundsätzen ihre Consequenzen zu ziehen. Diese sind häufig unliebsam, stören aus alter Behaglichkeit auf und fordern manches Opfer. Darum weicht man aus, wenn man an diesem Punkt angekommen ist, und neue schöne Worte finden sich ja immer, um sich und anderen dies zu verbergen. Da wird denn noch manches Ereigniß eintreten müssen, um uns in die Schule zu nehmen; wir lernen nicht so leicht.

Patriotische Lyrik aus Sachsen.

Wer von unseren Lesern sich noch der kleinen Besefruchte aus Dresden erinnert, die wir kürzlich mittheilten, und in denen das Sachsenland und das Sachsenvolk als Quintessenz des Erdballs und der Menschheit durch schlagendes Rechenegempel erwiesen waren, wird sich mit uns der Wahrnehmung freuen, daß den Sachsen auch in der schweren Noth der jüngstvergangenen Zeit der ewige Quellborn des Lebens, die Poesie, nicht ersickt worden ist. Das Friedensinstrument, das zwar manchem Hyperloyalen mehr eine Ruthe als die Erfüllung seiner Wünsche schien, hat dennoch wie die Wünschelruthe die goldenen Adern der Dichterlust springen lassen, und was bedeutsam ist, die Poesien, die sie austreut, haben das charakteristische Zeichen der Kunst, heiter zu sein, während das Leben ernst ist.

So helltönende Volksfreude, wie sie dem aufrichtig geliebten sächsischen Landesfürsten und seinem braven Heere bei der Rückkehr die Thore der Heimath öffnete, ist immer lehrreich und rührend zugleich. Denn dem Volke geht's wie dem Individuum: mehr noch in der Lust als im Leide offenbart es sein Herz; im Jauchzen des Jubels lockern sich die geheimsten Gedanken und schwirren fest hinaus, unbedümmert sowohl um die Kritik derer, welche das Urtheil auch über solche Producte des Augenblicks zu ihren Zunftrechten zählen, wie derer, welche etwa mit Neid auf die Thatfachen schauen, die dadurch poetisch constatirt werden.

Was das späte Jahr an Blumen versagte, hat die Muse ersetzt durch den